

stellen zu Vertreibungsverbrechen in Polen und in der ČSR sowie zur Lage der deutschen Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone im Sommer 1945 Stellung nehmen.

Im übrigen ist der Inhalt des Buches aus der ersten Auflage weitgehend übernommen worden. Hierzu kann auf die Besprechung in der „Zeitschrift für Ostforschung“ von 1977 (s. Anm. 1) verwiesen werden.

Lemgo

Hans Werner Bracht

Renata Fritsch-Bournazel: Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945—1979. Mit einem Vorwort von Alfred Grosser. Westdeutscher Verlag. Opladen 1979. 167 S.

Über die deutsch-sowjetischen Beziehungen insbesondere der Nachkriegszeit sind bereits zahlreiche Untersuchungen erschienen, die zumeist von Deutschen geschrieben wurden und daher nicht immer ganz frei sind von der jeweiligen politischen Einstellung des Vf.s. Eine solche Kritik paßt indessen nicht auf eine Neuerscheinung in diesem Gebiet, die es schon deswegen verdient, besonders genannt zu werden, weil sie aus französischer Sicht geschrieben wurde. Die Vf.in, die Slavistik, Romanistik, Geschichte und Politikwissenschaft in Berlin, Tübingen und ebenso in Paris studierte, ist als wissenschaftliche Referentin an der Fondation Nationale des Sciences Politiques und als Studiendirektorin am Institut d'Etudes Politiques der Universität Paris tätig. Schon von dieser Warte her bietet die Untersuchung ein besonderes Bild einer Darstellung der deutsch-sowjetischen Nachkriegsbeziehungen, das durch eine bemerkenswerte Objektivität ausgezeichnet ist.

Die Arbeit ist im Original in französischer Sprache erschienen. Ein Vorwort des bekannten französischen Politologen Alfred Grosser leitet sie ein. G. beginnt mit einem Hinweis auf eine weitere Abhandlung der Vf.in: „Rapallo — naissance d'un mythe“ (Paris 1974, deutsche Ausgabe 1976), die gerade zu der vorliegenden Arbeit der Vf.in in besonderer Beziehung steht, wie sich immer wieder, besonders aber am Schluß, deutlich zeigt. Wenn G. freilich meint, die Arbeit stellt die deutsche Lage kurz so dar, wie man sie in der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen nicht gern sehe, so täuscht er sich sicherlich: Die objektive Darstellungsweise der Arbeit läßt eine derartige negative Kritik nicht aufkommen, jedenfalls nicht bei einem ebenfalls objektiven Betrachter. Zuzustimmen ist ihm daher, wenn er feststellt, die Arbeit sei ebenso gründlich wie differenziert.

Die Arbeit selbst ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil umfaßt die Zeit vom Zusammenbruch des Dritten Reiches bis zur Pluralität eines zweifachen Deutschland (1945—1955), der zweite die Strategie der Konfrontation (1955—1968), der dritte die Verfestigung des status quo (1969—1979). Die drei Teile sind in insgesamt 10 Kapitel unterteilt.

In der Einführung gibt die Vf.in eine Kurzübersicht über die gesamte Arbeit, die schon die erfreulich objektive Tendenz der Arbeit erkennen läßt. Es gehört mit zu den Kernthesen der Arbeit, die Sowjetunion zeige eine echte Kontinuität von Potsdam bis heute in der Forderung nach der Erhaltung des territorialen status quo. Dem wird als Ausgangspunkt der Bundesrepublik Deutschland die Forderung auf Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 entgegengestellt.

Dabei unterläuft der Vf.in freilich der Fehler, die Ostverträge entgegen der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts als Gebietsverzichtverträge auszuweisen, wobei sie aber zugleich betont, daß jedenfalls auch diese Verträge einer friedlichen Grenzveränderung nicht im Wege stünden. Sie kommt schon in der Einleitung zum Ergebnis, daß das unveränderte sowjetische Festhalten an der bestehenden Viermächte-Verantwortung für Deutschland ein Zeichen für den Wunsch der Sowjetunion sei, sich ein Mitspracherecht für den Fall zu sichern, daß die deutsche Frage eines Tages als Teil einer weitergreifenden Veränderung der politischen Szenerie in Europa erneut an Aktualität gewinnen könnte.

Im ersten Kapitel geht die Vf.in dann von den Kriegszielen der Alliierten aus und schildert die geschichtliche Entwicklung in der Zeit bis zur Potsdamer Konferenz. Dabei weist sie auch darauf hin, daß es zu den Kriegszielen der Alliierten gehört habe, gerade die Vormachtstellung Preußens, das doch offiziell bereits zu Beginn des Krieges nicht mehr bestand, zu schwächen und Preußen in Deutschland zu isolieren. Von daher wird die Auflösung Preußens durch das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Februar 1947 erst verständlich, ein Aspekt, der sicherlich bisher nur unzureichend bekannt wurde.

Die Darstellungen der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung in Deutschland sind wiederum so objektiv wie nur denkbar gehalten. Dabei unterlaufen nur gelegentlich Fehlgriffe wie etwa, daß nach der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches „die juristischen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gegenstandslos geworden“ seien: Durch Verletzung des Völkerrechts kann das Völkerrecht selbst niemals gegenstandslos werden. Dagegen wird mit Recht die Verwendung so dehnbarer Begriffe in den Nachkriegsverträgen wie „demokratisch“, „friedfertig“ und „gerecht“ kritisiert, die Recht in der Tat wirksam nicht begründen konnten.

Das zweite Kapitel gibt eine Übersicht über die sowjetische Besatzungspolitik, während das dritte die Entwicklung der deutschen Frage anschnidet: Provisorische Trennung oder endgültige Teilung? Als Folge dieser Entwicklung nennt das vierte Kapitel das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion einen gescheiterten Dialog, in welchem Rahmen die Vf.in den deutschen Rechtsstandpunkt grundlegend, zutreffend und objektiv schildert. Die weitere Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses umreißt das fünfte Kapitel als hierarchisch geprägte Bindung zwischen der UdSSR und der DDR einerseits und im sechsten Kapitel als Deutschland an der Peripherie der Entspannung andererseits, gekennzeichnet etwa durch den Begriff „Wandel durch Annäherung“, aber in Frageform.

Im siebenten Kapitel wird der Weg zu den Ostverträgen beschrieben, und im achten Kapitel werden diese analysiert. Hier sind freilich kritische Anmerkungen angebracht, und zwar insoweit, als die Vf.in annimmt, es sei schwer vorstellbar, daß nach dem Grenzabkommen der DDR mit Polen aus dem Jahre 1950 und dem deutsch-polnischen Vertrag von 1970 ein künftiger gesamtdeutscher Staat diese Verträge in Frage stellen könnte. Dabei geht die Vf.in offensichtlich davon aus, daß ein künftiges Deutschland in jedem Fall nur das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und das der DDR, nicht aber auch zumindest Teile der Ostgebiete des Deutschen Reiches umfassen werde — eine Vorstellung, die sie jedenfalls nicht belegt und die auch keineswegs selbstverständlich erscheint, etwa so, wie sie die Vf.in sieht. Dagegen kritisiert die Vf.in zu Recht die Undeutlichkeit und die Unausgewogenheit der Ostverträge, die auf schlechte diplomatische Vorarbeit von deutscher Seite zurückzuführen sind.

Mit dem neunten Kapitel beginnt die Entwicklung der europäischen Dimensionen der Normalisierung, in der die KSZE eine tragende Rolle spielt, während das zehnte Kapitel einen Ausblick auf die Sowjetunion und Deutschlands „doppelte Zukunft“ gibt, den die Vf.in wieder mit dem Hinweis auf die Möglichkeit einer Rapallo-Entwicklung abschließt, die „ein großer Teil der französischen Zeitungen“ befürchte. Sie selbst läßt es offen, ob sie sich diesen Befürchtungen anschließt oder nicht.

Die Schlußbetrachtung versucht eine Zusammenfassung, die auch wieder von dem die ganze Arbeit durchziehenden Bemühen um ausgewogene Objektivität getragen wird und die als gelungen bezeichnet werden muß.

Eine umfassende Quellenverarbeitung trägt die Untersuchung der Vf.in und gibt dem Werk einen überzeugenden wissenschaftlichen Hintergrund, wie sie auch insgesamt für jeden ein überaus brauchbares Hilfsmittel sein kann, der sich bemüht, Näheres über die Grundlagen der sowjetischen Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland von 1945 bis 1979 zu erfahren, ohne dabei zu umfangreicheren Werken greifen zu müssen.

Lemgo

Hans Werner Bracht

Schrifttum über das Posener Land 1961—1970. Register. I. A. der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen bearb. von Albrecht Kannegiesser. (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Nr. 113/III.) Verlag J. G. Herder-Institut, Marburg/Lahn 1979. 168 S.

Der Registerband zum Schrifttum über das Posener Land 1961—1970 ist eine ausgesprochen fleißige Arbeit. Im Unterschied zu der sonst üblichen Methode, in den Verzeichnissen nur Autoren und Sachtitel und die entsprechenden Nummern bzw. Seiten anzugeben, hat der Bearbeiter des Registers sich der Mühe unterzogen, bei den Autoren außer der Nummer auch eine Kurzfassung des Titels hinzuzufügen. Die Benutzer können auf diese Weise leichter die von ihnen gesuchte Veröffentlichung finden. Es wird das sonst notwendige Hin- und Herblättern vermieden. Zu bedauern ist nur, daß sowohl im Autoren- als auch im Personenregister nur die Anfangsbuchstaben der Vornamen angegeben werden. Der vollständige Vorname könnte weitere Hinweise auf den jeweiligen Verfasser geben.

Innerhalb der fortlaufenden Numerierung werden die Rezensionen mit aufgeführt. Es erhebt sich besonders im Hinblick auf Verfasser, bei denen die Anzahl der Buchbesprechungen im Übergewicht ist (z. B. Bahr, Heise, Jakóbczyk, Kosman), die Frage, ob bei künftigen Registern nicht eine Trennung der selbständigen Arbeiten von den Rezensionen vorgenommen werden sollte. Durch den einmaligen Vermerk „Rezension“ könnte nicht nur eine Kürzung des Textes, sondern auch ein ruhigeres Schriftbild erzielt werden. Während das Schrifttumsverzeichnis nach der sog. mechanischen Wortfolge aufgebaut ist, wird diese bei den Sachtiteln im Registerband nicht eingehalten. Während nach der erstgenannten Methode das erste Wort — abgesehen vom Artikel — ausschlaggebend ist, wird im Registerband entsprechend den „Preußischen Instruktionen“ das erste im Titel vorkommende Hauptwort als Ordnungswort gebraucht. So ist z. B. im Verzeichnis unter Nr. 551 die Zeitschrift „Wojskowy przegląd historyczny“ zu finden, im Register aber unter „Wojskowy